

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung?

Am 15. Forum für nachhaltige Entwicklung wurde über verschiedene Projekte in Kantonen, Städten und Gemeinden berichtet. An der von rund 180 Personen besuchten Veranstaltung des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) waren sich Referenten und Teilnehmer nicht einig, ob das «nachhaltige Glas» nun halb voll oder höchstens halb leer ist.

Während in den Referaten im Berner Paul-Klee-Zentrum optimistische Strategien zur nachhaltigen Entwicklung präsentiert wurden, dominierten in der Diskussion pessimistische Voten. ARE-Direktor Pierre-Alain Rumley stellte fest, die Realität bei einer Fahrt durch die Schweiz sehe anders aus als in den Referaten. Insbesondere die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung stelle einen Knackpunkt dar. Der politische Wille für eine nachhaltige Entwicklung fehle in der Schweiz, zudem seien die kleinen Gemeinden zu egoistisch, bemerkte eine kritische Teilnehmerin. Die Basler Regierungsrätin Barbara Schneider plädierte für eine Regionalisierung der Bestrebungen. Einer nachhaltigen Entwicklung stehe nicht nur der politische Wille, sondern auch das Steuersystem, das eine «Jagd nach Projekten» zur Folge habe, im Weg.

Aus der Sicht der kleinen und mittleren Gemeinden interessierten vor allem das Referat von Marco Rupp, Raumplaner SIA und Gemeinderat in der Berner Agglomerationsgemeinde Ittigen, und jenes der Urner Regierungsrätin Heidi Z'graggen, die über das Grossprojekt des Ferienresorts Andermatt referierte.

Raumplanung braucht hartnäckige Politik

«Die Abstimmung von Siedlung und Verkehr und die haushälterische Bodennutzung sind die Grundsteine einer nachhaltigen Entwicklung auf Gemeindeebene», stellte Rupp in seinem Referat fest. Zwar würden andere Faktoren wie Energie oder Ver- und Entsorgung immer wichtiger, die Wirkung sei jedoch in diesen Bereichen deutlich kleiner.

Die 10 500 Einwohner umfassende Berner Gemeinde Ittigen hat sich in den letzten 50 Jahren stark entwickelt. Nachdem in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren der Wohnungsbau im Vordergrund stand, wurden in den letzten 15 Jahren vor allem Büroarbeitsplätze angesiedelt. Die S-Bahn bildet das Rückgrat der Erschliessung, der Detailhandel ist im «Talgut-Zentrum» konzentriert. Neue Interessenten wie zum Beispiel der Discounter Aldi wurden nicht auf der



Die Gemeinde Ittigen setzt auf sparsame und energieeffiziente Fahrzeuge: Im Einsatz sind auch zwei Erdgasautos. (Bild: Gemeinde Ittigen)

grünen Wiese, sondern im bestehenden Ladenzentrum angesiedelt. Die Ansiedlung von Fachmärkten in den Arbeitszonen ist nicht möglich.

Wie Rupp berichtete, verlangt die Gemeinde seit den 90er-Jahren bei Neuüberbauungen im Rahmen einer Spezialordnung ein Energiekonzept und in Zukunft Minergie-Standard. Schon sehr früh hat sich Ittigen im Bereich der alternativen Energien engagiert; die Gemeinde deckt einen Teil des Strombedarfs mit Ökostrom und fördert den Ausbau des Gasnetzes. Ein Teil der gemeindeeigenen Fahrzeuge fährt mit Gas. Über Spezialfinanzierungen bei Wasser, Abwasser und Kehricht werden Mittel für Aktionen in diesen Bereichen bereitgestellt. In Ergänzung zur ökologischen Qualitätsverordnung leistet die Gemeinde seit mehr als zehn Jahren Beiträge an Naturobjekte inner- und ausserhalb der Bauzonen. Die Gemeinde ist seit 2000 ISO 1401 zertifiziert. Der Gemeinderat arbeitet mit Leitbildern und Legislaturrichtlinien und seit letztem Jahr mit einem eigenen Führungsmodell.

Eine Gemeinde, so Rupp, die sich nachhaltig entwickeln wolle, müsse zuerst analysieren, welche Standortqualitäten sie besitze, welche übergeordneten Entwicklungstendenzen – beispielsweise bezüglich demografischer Entwicklung – zu beobachten seien, und welche Potenziale vorhanden seien. «Auch wenn die Hand-

lungsspielräume der Gemeinde tendenziell sinken, zeigen gut genutzte Spielräume in den Bereichen Raumplanung und Verkehr immer noch eine grosse Wirkung», ist Rupp überzeugt. Voraussetzung sei eine aktive und zielgerichtete Politik, die sich auch in die Regions- und Kantonsplanung einbringe. Nötig sei zudem politische Kontinuität über mehrere Wahlperioden hinaus.

Rupp plädierte für eine Entwicklungsplanung, wie sie in den Kantonen Bern, Zürich oder Luzern Tradition habe, mit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Kanton und Dritten, einer verbindlichen Resultatsicherung (Richtplan, Verträge) und mit qualitätssichernden Verfahren. Als gelungenes Beispiel führte er den Entwicklungsschwerpunkt Ittigen-Worblaufen an, wo auf der Grundlage eines Studienauftrages der in einem kommunalen Richtplan gesichert ist, eine Strasse neu gebaut, eine Bahnhofunterführung verlängert und rund 2000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden.

Wie Rupp weiter berichtete, ist die Gemeinde Ittigen eingebunden in das Agglomerationsprogramm Bern, das eine nachhaltige Entwicklung beinhaltet. «Etwas vom Gescheitesten, was der Bund für die Raumplanung gemacht hat», stellte der Raumplaner fest. Sein Rezept: Für die Umsetzung der Ziele und Massnahmen einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung

braucht es breite Allianzen, viele Köpfe, welche die Idee mittragen und einen Gemeinderat, der sich auf gute Arbeit in den Kommissionen, auf professionelle Arbeit in der Verwaltung und auf Unterstützung externer Profis verlassen kann.

Mega-Ferienresort als Mega-Herausforderung

Mehr als Strategien zeigen konkrete Beispiele, wo die nachhaltige Entwicklung steht, respektive welche Hindernisse sich ihr in der Praxis in den Weg stellen. Das geplante Ferienresort in Andermatt stellt in Bezug auf Raumplanung und Nachhaltigkeit eine echte Nagelprobe für Bund, Kanton und Gemeinde dar. Regierungsrätin Heidi Z'graggen zeigte, wie das Grossprojekt des ägyptischen Unternehmers Samih Sawiris und dessen Orascom Hotels & Development im Urserental nachhaltig umgesetzt werden soll.

Entstehen soll ein neues Dorf mit vier bis sieben Hotels, 600 Appartements, 50 Villen, einem Entwicklungsgebiet für die lokale Bevölkerung, einem 18-Loch-Golfplatz und einem Sportzentrum. Die Gesamtinvestitionen werden auf mehr als eine Milliarde Franken geschätzt. Ein solches Projekt könne nur gelingen, wenn von Anfang an alle Akteure zusammenarbeiten, betonte Z'graggen. Der Kanton Uri hat sich deshalb für ein Richtplanverfahren in Zusammenarbeit mit dem ARE entschieden, was es erlaubte, sehr früh die lokale Bevölkerung und die Umweltverbände einzubeziehen. Der kooperative Prozess mit den Umweltverbänden sei ein Schlüssel zum Erfolg, sagte Z'graggen.

Auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Planungsprozess

Nach einem ersten Kontakt des Investors im Januar 2005 setzte der Regierungsrat Anfang 2006 einen regierungsrätlichen Ausschuss als Projektorganisation ein. Der Kanton unterbreitete dem Investor seine Anforderungen an einen Masterplan, der die Grundlage darstellte, um die im Rahmen der Richtplananpassung und der Revision der kommunalen Bau- und Zonenordnung wesentlichen landschafts-, siedlungs-, verkehrs- und versorgungsplanerischen Rahmenbedingungen und Auswirkungen des Tourismusprojekts zu konkretisieren. Er diente auch dazu, das Tourismusprojekt für das Richtplanverfahren mit den raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes und des Kantons zu koordinieren sowie die notwendigen Projektgrundlagen aufzubereiten.

2006 befreite der Bundesrat den Investor von der Lex Koller. Er trug damit dem Umstand Rechnung, dass dem Kanton Uri durch den Rückzug der Armee und weiterer Bundesbetriebe Nachteile erwachsen



So könnte Andermatt künftig aussehen: Nebst dem Golfplatz soll auf dem heutigen Militärréal (oben rechts) das neue Resort entstehen sowie südlich vom Bahnhof das Hotel Bellevue. (Plan: Andermatt Alpine Destination Company)

sind. Ende 2006 legten die Gemeinden Andermatt und Hospental der Bevölkerung die Entwürfe des Teilzonenplans Tourismusresort und der Ergänzung der Bau- und Zonenordnung zur Mitwirkung vor. Anfang 2007 genehmigte der Bundesrat die Richtplananpassung Urserental mit verschiedenen Auflagen, und in einer Urnenabstimmung stimmte im April 2007 das Volk von Hospental dem Tourismusresort und der Ergänzung der Hospentaler Bauordnung zu.

Im Einvernehmen mit den Gemeinden Andermatt und Hospental legte danach der Regierungsrat die Anforderungen für die Quartiergestaltungspläne des Tourismusprojekts fest. Die Projektorganisation be-

gleitete die Bauherrschaft und die Standortgemeinden im Rahmen eines kooperativen Planungsprozesses bei der Erarbeitung der Quartiergestaltungspläne. Im September 2007 startete der Gemeinderat Andermatt eine Ortsplanungsrevision, bei der auch Massnahmen zur Einschränkung eines unkontrollierten Zweitwohnungsbaus innerhalb des bestehenden Dorfes geprüft wurden. Gleichzeitig erliess der Gemeinderat als vorsorgliche Massnahme für Teile des bestehenden Dorfes eine Bausperre bis zum Inkrafttreten der Ortsplanungsrevision.

Im März 2008 stimmte die Gemeinde der Änderung der Bau- und Zonenordnung zu. Das Reglement schreibt im Dorf Andermatt einen minimalen Anteil an Erstwohnungen vor und verhindert so, dass im alten Dorf unkontrolliert Zweitwohnungen entstehen und das Wohnen für Einheimische zu teuer wird. Die Bau- und Zonenordnung schreibt weiter vor, dass bestehende Hotels und Ladengeschäfte nicht in Appartements umgebaut werden dürfen und im Dorfkern im Erdgeschoss Lade- oder Gewerbelokale untergebracht sein müssen. Die Bevölkerung konnte die Entwürfe der Quartiergestaltungspläne bis 8. Juni einsehen. Im Rahmen eines kooperativen Planungsprozesses werden derzeit ein regionales Verkehrskonzept, der Anschluss an die Nationalstrasse N2, ein Hochwasserschutzprojekt und die Trinkwasserversorgung erarbeitet.

«Es ist Aufgabe der Politik, Grenzen zu setzen und Fehlentwicklungen zu verhindern», betonte Z'graggen. Gleichzeitig sei es wichtig, dass die lokale Bevölkerung selbst erkenne, wann die Grenze erreicht sei.

Steff Schneider

Das Forum nachhaltige Entwicklung wurde 2001 vom Bundesamt für Raumentwicklung zusammen mit der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz und dem Schweizerischen Städteverband ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Informationsplattform treffen sich Akteure von Bund, Kantonen und Gemeinden zweimal jährlich, um die nachhaltige Entwicklung zu verstärken. Bei den zukünftigen Foren wird auch der Schweizerische Gemeindeverband als Partner auftreten. An der Tagung in Bern referierten ausserdem Stadtpräsident Daniel Brélaz zur «Metamorphose» der Stadt Lausanne, Regierungsrätin Barbara Schneider zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik im trinationalen Raum Basel und Regierungsrat Jean-Claude Mermoud zur Richtplanung und Strategie für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons Waadt.